

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Gattellen-Anzeigen bis 3 gepaltene Kolonnenzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey.

Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktionschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Soziale Gleichwertung.

Die deutsche Revolution hat in erster Linie eine gründliche Umwälzung auf politischem Gebiete mit sich gebracht. Die Fürstentümer sind gebrochen, und die Vorrechte der Oberschicht sind beiseitegeräumt worden. Die demokratische Ausgestaltung unseres öffentlichen Lebens, nach der wir uns alle gesehnt, um die wir so heiß gekämpft haben, ist nun zur Wahrheit geworden. Das deutsche Volk hat das Recht errungen, über seine Geschicke selbst zu entscheiden, seine Angelegenheiten selbst zu gestalten und sich selbst seine Gesetze zu geben. Daneben sind wir auch auf dem Wege, die wirtschaftlichen Zustände nach den Grundsätzen des Sozialismus, das heißt, im Sinne der Gerechtigkeit und der Menschenliebe, zu regeln und jedem Menschen, der seine Pflicht tut gegen die Gesellschaft, ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten. Als Drittes und Letztes muß dann noch die soziale Gleichwertung aller im Dienste und zum Nutzen der Allgemeinheit tätigen Menschen hinzukommen. Sie ist gewissermaßen die Krönung des revolutionären Wertes, der Schlüsselstein des sozialistischen Gebäudes.

In jeder Menschenbrust wohnt nicht nur das Sehnen nach Gerechtigkeit und nach materiellem Wohlfühlen, sondern auch nach Wertschätzung und Anerkennung. Der Mensch, der das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung in sich trägt, hat den Wunsch, entsprechend geachtet und geehrt zu werden. Er empfindet jede Zurücksetzung und Mißachtung als ein Unrecht und eine Beleidigung, er verlangt, daß seine Tätigkeit und seine Leistung nach ihrem Werte anerkannt wird. Dieses unhemmbare Sehnen wurde in der früheren kapitalistischen Gesellschaft geradezu mit Füßen getreten, worunter besonders der Proletarier zu leiden hatte. Die Herren blickten mit Verachtung auf ihre Lohnsklaven herab. Sie waren nicht damit zufrieden, ein angenehmes Leben ohne viel Arbeit zu führen, indem sie die bestbezahlten Stellen einnahmen und die Unterschichten rücksichtslos ausbeuteten; sie begnügten sich nicht damit, alle Vorrechte in Staat und Gemeinde für sich in Anspruch zu nehmen und den behördlichen Apparat ihren selbstsüchtigen Zwecken dienstbar zu machen, o nein, sie dünkten sich auch noch turmhoch erhoben über das „gemeine“ Volk. Die Fürsten und Adligen pöbeln auf ihre Abstammung und die angeleglichen Verdienste ihrer Vorfahren, die Herren vom Geldsack fröhlichen sich auf ihre wirtschaftliche Uebermacht, die höheren Beamten hielten sich für die Herren des Volkes, trotzdem sie eigentlich seine Diener waren. Alle diese sogenannten besseren Leute wollten von einer gleichen sozialen Wertung aller Menschen nichts wissen, sie hatten keine Ahnung davon, daß auch unter der ärmlischen Kleidung ein stolzes, selbstbewußtes Herz zu schlagen vermag, und darum behandelten sie die sogenannten gewöhnlichen Leute mit offenkundiger Mißachtung. Die „Edelsten und Besten der Nation“, wie sie sich in ihrem Größenwahn nannten, die Sprößlinge aus blauem Blute, hielten sich für die edelste Blüte und die herrlichste Frucht am Baume unsres Volkstums und leiteten daraus das Recht ab, die Angehörigen der Unterschichten Pöbel und Kanaille zu nennen, und mit ihnen umzupringen wie mit minderwertigem Gefindel. Wer von uns hätte nicht schon die Beobachtung machen können, daß der Proletarier als ein Mensch zweiter und dritter Klasse angesehen und behandelt wurde, und wem von uns wäre nicht schon das Blut vor Enttäuschung in die Wangen gestiegen, wenn er sehen mußte, daß Hühlerköpfe und Bierpuppen, die in der Wahl ihrer Eltern vorzüglich gewesen waren, auf die Menschen niederen Standes verächtlich herabschauten.

Leider wurde der Uebermut und der Stolz der Herren von den Mittel- und Unterschichten noch vielfach unterstützt. Es ist allgemein bekannt, mit welcher Unterwürfigkeit, um nicht zu sagen Hundedemut, das deutsche Bürgertum jahrzehntlang den Fürsten und deren Söldnern zu Füßen gelegen hat. Sein großer Vorkämpfer Schiller hatte ihm allerdings zugerufen: „Männerstolz vor Königs- thronen!“, aber dieses Wort war wirkungslos verhallt, die Mittelstandsleute schweifen ab und um die Angehörigen des Adels, der Militärkastei und des Beamtenapparates. Auch um die Gunst der Herren vom Geldsack warben sie. Der Stiel stieg einem in den Hals, wenn man die Selbstentmannung und die würdelose Haltung weiter Bürgerknechte beobachtete, und man wunderte sich kaum noch, wenn die hohen Herren den kleinen Bürger von oben herab verächtlich behandelten. Auch unter den Arbeitern und Arbeiterinnen gab es noch zu viele Kriecher und Speichellecker. Sie erstarrten in Unterwürfigkeit vor ihrem angestammten Fürsten und kagenbuckelten vor jedem Beamten, sie blickten mit Ehrfurcht zu dem Kapitalisten empor, der sie ausbeutete, und von dessen Vertreter ließen sie sich die unwürdigste Behandlung ohne zu machen gefallen. Daneben gab es allerdings auch klaffenbewußte Proletarier, die ihren Nacken dem Joch der Knechtschaft nicht beugten, sondern ihr Recht auf Ehre und anständige Behandlung mit Entschiedenheit forderten. Sie waren sich ihrer Bedeutung in unserem wirtschaftlichen und politischen Leben voll bewußt und zog daraus die Folgerung, daß sie Anspruch hatten auf eine soziale Gleichberechtigung. Aber die Machthaber wollten von einem solchen proletarischen Selbstbewußtsein nichts wissen und suchten jede Regung der Volksseele nach sozialer Gleichstellung im Keime zu ersticken. Schon den Kindern in der Schule wurde die Sklavengestaltung eingeimpft, und unser ganzes öffentliches Leben lief

darauf hinaus, die Angehörigen der Unterschichten ihre Minderwertigkeit fühlen zu lassen.

Das ist nun glücklich vorbei und liegt wie ein böser Traum hinter uns. Die Proletarier, die sich im Besitz der politischen Macht befinden, fühlen sich auch als sozial gleichwertige Menschen. Sie wollen nicht mehr zurückstehen hinter den besser gekleideten Volksknechten, sie erheben den gleichen Anspruch auf Ehre, Achtung und Anerkennung. Auch in den Arbeitsbetrieben fordern sie eine anständige, menschenwürdige Behandlung. Allerdings ist in dieser Hinsicht noch ungeheure Erziehungsarbeit zu leisten. Die Angehörigen der Oberschichten, denen die Verresmoral und die Herrenverehrung durch eine Gewöhnung seit Jahrhunderten in Fleisch und Blut übergegangen ist, müssen dazu erzogen werden, daß sie in dem Proletarier, den sie früher betrachteten, einen gleichwertigen Volksgenossen erblicken, und auch jene zahlreichen Proletarier, die innerlich versklavt sind, müssen aufgerüttelt werden zum Selbstbewußtsein, damit sie ihr Recht auf eine soziale Gleichwertung verlangen und sich eine unwürdige Behandlung nicht mehr gefallen lassen. Soviel ist sicher: Wenn der politischen Neugestaltung in Deutschland die wirtschaftliche Neugestaltung folgen wird, so wird sich auch der Gedanke der sozialen Gleichwertung, der heute noch mehr Theorie als Praxis ist, in die Wirklichkeit umsetzen.

Die Hungerringung der Städte.

Zwei Welten sind um uns: Die Arbeiterviertel der Städte, gekennzeichnert durch hohe Mietskassen, Hungernde und schwindelkranke Menschen und armelige Kramläden, zu deren Besuch nicht mehr wie einstmaligen Hausen vom Backsteinbau und Häfen voll Geringem einladen. Und auf der andern Seite die Bauernhöfe, wo uns fleischlose Städtern nicht nur die drallen Bäuerinnen (und die dicken Kinder) auffallen; noch viel mehr wirkt auf uns das bunte Landleben in den Höfen. Die ländliche Welt spürt die Not unserer Zeit nicht, sie spürt nicht die bösen Folgen des größten Verbrechens in der Menschheitsgeschichte. Wer Augen hat, muß sehen, daß es dem Landmann gut geht; man kann ihn auch hören hören, daß man der Spieß umgedreht ist, daß nicht mehr er zu den Städtern kommen muß, die ihn früher einmal gering schätzten, nun aber froh sind, wenn sie zu ihm kommen dürfen und von ihm zu essen bekommen.

Es ist wahr, die Dinge haben sich stark geändert. Wer die Ernährungswirtschaft der bauerlichen Bevölkerung vor dem Kriege kannte und sie jetzt wieder kennen lernt, der ist nicht wenig erstaunt. Die Leute hatten wohl auch früher mehr und bessere Nahrung als das städtische Proletariat, da sie stets an der Quelle saßen. Jetzt aber lassen sie sich gar nichts abgehen und sie sind feinschmecker in ihrer Art geworden.

Das schwarze Bauernbrot ist verschwunden. Soweit bayrische Verhältnisse in Betracht kommen, von denen hier aus Erfahrung gesprochen werden kann, gibt es in Bauernhäusern nur mehr Weizenbrot: bloß die ländlichen Proletarier, die nicht in Stande sind, sich Besseres zu beschaffen, müssen mit dem Schwarzbrot der Bäuer zufrieden sein, das auch noch Deklatsche ist im Vergleich mit dem städtischen Brot. Noch mehr in Stücken verlegt wird man durch den überaus reichlichen Fleisch- und Fettverbrauch der Bauern; daß es keinen Mangel hieran geben kann, bezugen schon die zahlreichen Schweine, denen man allenthalben begegnet. Die Butter wandert ebenfalls nicht mehr in die Städte (soweit sie nicht an Schleichhändler abgeht), sondern sie wird zu ausgiebigem Brotaufschlag sowie zum Kochen von Mehlspeisen und Breden von Kuchen verwendet. Was eine Bäuerin an Butter für einen „Schubel“ verwendet, kommt der Hocherzation aller Einwohner eines großen städtischen Mietshauses mindestens gleich.

Von Schwarzschlachungen zu reden, ist lächerlich: Jeder schlachtet was er braucht, oder was ihm zurhänd, niemand macht ein Geheimnis daraus. Auch der verbotene Handel mit Lebensmittel ist auf dem Lande eigentlich nicht „Schleichhandel“, da man ja doch genau weiß, wer für den städtischen Händler als Verkäufer fungiert, und der Händler hat gar keinen Anlaß, sich etwa wie ein Dieb möglichst verborgen zu halten: er tritt ganz offen auf und hat nichts zu fürchten, denn er ist es doch, der die Bauern mit all den Dingen versorgt, die man in der Stadt selbst nach hundentlangem „Antehen“ nur in Apothekenquantitäten erhalten kann.

Am meisten empört die Verfüterung großer Mengen Milch an die Schweine, deren Zeug man ohne jede Schwierigkeit in jedem Bauernhause fein kann. Dafür ist in den Städten nicht einmal die bescheidene Viertelration für Kinder sicher gestellt und wenn man sie bekommt ist sie nur allzu oft bereits fauer.

Wie kommt es denn, daß die Bauern jetzt so unglaublich besser leben können als vor Kriegsausbruch? Die Erklärung dafür ist ganz einfach. Früher waren die Lebensmittel billig für die proletarischen Massen allerdings teuer genug, um ihnen das Sattessen nicht zur Regel werden zu lassen; der Bauer hatte ansehnliche Mengen zu verkaufen, um das nötige Bargeld zu bekommen. Heute bekommt er dieses Bargeld für den zehnten Teil der Warenmenge von damals. Ueberdies hat er sich im Kriege schubsenrei gemacht und er hat seit dem Hochstand der Preise ein ansehnliches Schwachen Geld ansparen können. Der Bauer ist zum wohlhabenden Mann geworden, der nicht verkaufen muß. Der Waren liegen, die er braucht, um er nicht mehr zur Stadt, die erhält er nach Wunsch vom Schleichhändler als Zankartikel, und was er dafür zu geben hat, trägt nicht viel aus, denn die Hauptnahrungsmittel waren doch fast ausschließlich inländische Erzeugnisse. An ihnen beruht auf dem Lande Ueberverbraucher und demzufolge in der Stadt Not. Die „besseren Bauernleute“, Angehörige unseres eigenen Volkes, tragen die meiste Schuld an den herrschenden Ernährungsverhältnissen.

Mißgünstig an der Hungertorsur der städtischen Arbeitermassen ist die Bureaukratie, die nun in Deutschland uneingeschränkt regiert. Sie macht keinen ernstlichen Versuch, die Bauern zum Ablassen zu zwingen; auf schone Lebensarten aber prüfen diese. Dann schlägt die Bureau-

kratie unter dem Vorwand der Bekämpfung des Schleichhandels und der Kohlennot die Städte möglichst fest vom Lande ab, so daß das Meisten wieder gewissermaßen zu einem Vorrecht bestimmter Kreise geworden ist (wogu vor allem Beamten- und Händlerkreise gehören). Dem Bauern fällt es gar nicht ein, wegen der Erschwerung des Handels nur ein Pfund mehr abzuliefern, er wird seine Sachen sowie im Schleichhandel los. Beamte des Kriegsvorstands in Begleitung von Soldaten unterjuchen die Personenzüge nach Nahrungsmitteln, wobei sie es natürlich in der vierten Klasse am strengsten nehmen. Damit wird Wasser auf die Mühlen des Schleichhandels getrieben, denn die Städter, die das Geld dazu haben, können sich „Zufahrtskarten“ nicht mehr selbst vom Lande beschaffen, sondern sie müssen sich an die Schleichhändler wenden, wenn sie mehr als die amtlich zugemessenen Apothekenrationen haben wollen. Und die Schleichhändler laufen nicht das Risiko, das die Fahrkräfte der vierten Klasse auf sich nehmen müssen. Was sie es machen, können die Bedienten der Fracht- und Hofhöfe erzählen. (Sie tun das nur im Vertrauen!)

Um den bösen Städtern nicht etwa die Möglichkeit zu geben, daß sie aufs Land hinausfahren und sich dort längere Zeit hindurch satt essen (was vom Proletariat befalls Frauen, Kinder und Greise tun könnten), wurde den Ortsbehörden das Recht gegeben, den Aufenthalt „Fremder“ auf 3 Tage zu beschränken, und die Ortsbehörden haben von dem Recht in ausgiebigster Weise Gebrauch gemacht, chinesische Mauern um ihre Gemeindegrenzen errichtet.

Damit die „Gungertur“ nicht etwa durch Postsendungen illusorisch gemacht werden kann, ist angeordnet, daß zur Post gegebene Nahrungsmittel in jeder Menge der Beschlagnahme unterliegen. Also, das städtische Proletariat muß ungemindert hungern.

Das Uebel ist um so schlimmer, als die ausländische Nahrungsmittelhilfe praktisch vollständig versagt hat. Im Monat können 375 000 Tonnen Nahrungsmittel eingeführt werden, wobei Früchte und Kartoffeln nicht eingerechnet sind. In München erhielt die Person bisher 1 1/2 Pfund amerikanischen Speck (wofür fünfzig Pfennig in größerer Menge in Ausland kam) und 50 Gramm Schweinefleisch (wofür in einer Woche andres Fett nicht geliefert wurde). Wo sind die zugeführten Lebensmittel? Bewahrt man sie für noch schlechtere Zeiten auf? Das ist nicht glaublich.

Es ist sehr zu befürchten, daß die Zustände nicht besser werden, solange die unumschränkte Herrschaft der Bureaukratie dauert. Sie zu befeitigen, ist eine Notwendigkeit, sonst wird das deutsche Stadtvolk zu Tode verurteilt.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Seifenarbeiter laßt euch nicht mißbrauchen.

Seit Anfang Juli dieses Jahres sind Bestrebungen im Gange, die geeignet sind, innerhalb der Arbeiterkammer der Seifenindustrie Gegenstände heranzubringen. Der Vereinigte Arbeiter- und Angestellten-Ausschuß der Sunlicht-Gesellschaft von 1914, Nr. 66, in Mannheim, hat mit Datum vom 9. Juli eine Eingabe an den Präsidenten des Reichsministeriums gerichtet, mit dem Ersuchen, die Regierung wolle gegen den Schleichhandel mit ausländischer Kernseife an der Westgrenze des Reiches entsprechende Maßnahmen ergreifen. Dieser Schleichhandel, heißt es in der Eingabe, habe zur Folge die Verzerrung des Produktionsprozesses der deutschen Seifenindustrie und Arbeitslosigkeit der Arbeiter und Angestellten. Im Namen der Angestellten und Arbeiter der deutschen Seifenindustrie verlangt nun der petitionierende Ausschuß Abstellung der geringsten Mängel und die sofortige Befreiung des nachweislich in jeder Beziehung wirtschaftlich schädlichen Seifenhandels.

Daß wir die Befreiung des Schleichhandels wünschen und an Stelle fetter Seife Rohprodukte einführen wollen, ist ganz selbstverständlich. Dagegen halten wir die Einführung des freien Handels und die Aufhebung der Rohstoffzölle heute noch für gefährlich und lehnen sie deshalb ab, weil die Arbeiterkammer der kleineren Betriebe geschädigt würde. Die größten kapitalträchtigen Firmen — und dazu gehört die Sunlicht-Gesellschaft — würden den Rohproduktmarkt beherrschen und hätten es in der Hand, die kleineren Betriebe plötzlich auszuscheiden, damit aber auch jede Konkurrenz. Tausende von Arbeitern würden unter Umständen drohlos. Die Rohstoffverteilung ist also zunächst noch notwendig. Wer diese Verteilung befragt, ist eine Frage für sich. Wenn aber schon einmal die Seifenherstellung- und Vertriebsgesellschaft befreit werden soll, dann nicht zugunsten großer Briemannernahmen, sondern dann ist es besser, wir verhandeln die dazu reise Seifenindustrie.

Über eine andre Frage ist für uns als Organisation von besonderer Wichtigkeit. Das Rundschreiben des Ausschusses der Sunlicht-Gesellschaft hat die Arbeiterkammer der kleineren Seifenfabriken im Reich zum Protest herausgefordert, weil sie behaupten, sie sollen zugunsten der millionenreichen Sunlicht-Gesellschaft mißbraucht und dazu selbst noch schwer geschädigt werden. Die Ausschüsse der kleineren Betriebe haben sich deshalb an das Ministerium gewandt und verlangt, die Einfuhr ausländischer Kernseife zu unterbinden, im übrigen den Antrag des Ausschusses der Sunlicht-Gesellschaft aber abzulehnen. Wir legen also: Durch das Vorgehen des zuletztgenannten Ausschusses ist die Arbeiterkammer der Seifenindustrie in einer für sie wichtigen Frage in zwei Lager getrennt worden. Solches könnte vermieden werden, wenn die Ausschüsse vor Einleitung ähnlicher Aktionen die zuständigen Organisationsleistungen zu Rate zögen würden. Güte der Ausschüsse der Sunlicht-Gesellschaft so gehandelt, dann hätte er sich auch die Blamage erspart, die er sich geholt hat. Spricht er doch in seiner Eingabe „im Namen der Angestellten und Arbeiter der deutschen Seifen-Industrie“, um dann diesbezüglich verweigert zu werden. Bei einem Zusammenarbeiten des Ausschusses der Sunlicht-Gesellschaft mit der zuständigen Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, wäre jedenfalls auch nicht die Forderung auf Befreiung des Handels gestellt worden. Der Ausschuß ist auf dieser Stellung nur dadurch gekommen, daß die Direktion der Sunlicht-Gesellschaft die Arbeiter in den Glauben versetzt hat, das Syndikat trage die Schuld, daß die Arbeiter keine Zulassung erhalten.

Ein Zusammenarbeiten der Ausschüsse zur Erledigung so wichtiger Fragen, wie der vorstehend behandelten, unter Ausschluß der Organisation führt nicht nur nicht zum Ziel, sondern, wie wir gesehen haben, zu schwereren Mißgriffen, die aber vermieden werden können und müssen. Die Organisation, und speziell in diesem Falle der Fabrikarbeiterverband, ist die berufene Interessensvertretung der Arbeiterkammer. Wir geben deshalb

*) Welche Mühe hätte etwa ein holländisches Schwein bei dem Versuch, über die preussische Grenze zu kommen, gehabt!
*) 750 Millionen Pfund.

unsern Mitgliedern, und insbesondere den in Arbeiterauschüssen tätigen, anheim, in allen ihre Interessen betreffenden Fragen sich an die örtliche Organisationsleitung zu wenden.

Zur Sozialisierung der chemischen Industrie.

In der „Chemiker-Zeitung“ vom 15. Juni weist ein Herr Großmann aus Hannover die Frage auf, ob die Sozialisierung der chemischen Industrie möglich ist und kommt zu einer glatten Verneinung.

Das mir unter Sozialisierung die Überwälzung des Privateigentums in Gemeinbesitz verstanden wird die Produktion unter Umwandlung der sonstigen Wirtschaft in die kapitalistische Interessen erlösenden und den Bedürfnissen der Verbraucher anzupassen wollen.

Nach Ansicht Großmanns eignet sich die chemische Industrie nicht zur Sozialisierung, weil die Mehrzahl der Betriebe Kleinbetriebe sind und eine öffentliche Verwaltung zu großer Schwierigkeiten führt.

Die chemische Industrie ist eine der am stärksten entwickelten Industriezweige. Sie beschäftigt heute in Deutschland über 100000 Arbeiter.

Bei der Anrufung des Tarifamts bitten wir folgenden Weg einzuschlagen: Wird vor dem paritätischen Schlichtungsausschuss keine Einigung erzielt, so sind die Gouleiter mit der Anrufung des Tarifamts zu beauftragen.

Die Anrufung des Tarifamts kann durch die Gouleiter auf dem direkten Wege geschehen oder auch durch die Branchenleitung im Vermittlungswege erfolgen.

Die Branchenleitung der Papierindustrie.

J. A. Gustav Stähler, Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et., Mittelbau.

Capeten-Industrie

Noch einiges zum Reichstarif!

Des Lebens ungeteilte Freude wird keinem Sterblichen zuteil.

Um irrtige Auffassungen zu vermeiden und Vorurteile, die sich hier und da eingeschlichen haben, zu beseitigen, halte ich es für angebracht hier noch einiges über den Reichstarif zu sagen.

Zunächst noch allen Beteiligten zur Kenntnis, daß die Schlichtungskommission, wie sie der Tarifvertrag vorsieht, jetzt gewählt ist. Es sind von Arbeitgeberseite folgende Tapetenfabrikanten bestimmt: Herr August Hölcher, Langenhagen, Herr Wilhelm Iben, Hamburg, und Herr Ludwig Reine, Hildesheim.

Die Löhne seien über das Zehnfache der früher gezahlten gestiegen und kämen jetzt denen der preussischen Regierungsräte gleich. Wenn diese Ausführungen auch lediglich dazu dienen, den Händlern gegenüber die hohen Tapetenpreise zu begründen, so geht es doch nicht an, mit solchen gewagten Mitteln zu operieren.

Papier-Industrie

Tarifamt der Papiererzeugungsindustrie.

Von den am Abschluß des Gesamtvertrages der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie beteiligten Arbeiterorganisationen wurden nachstehend bezeichnete Kollegen als Vertreter des Tarifamts bestimmt:

I. Tarifamt-Vertreter:

- a) Fabrikarbeiterverband: Hermann Küster, Berlin SO 16, Engelhofer, Aufgang C, Richard Meymann, Berlin-Felldow, Potsdamer Straße 42, Adam Hertel, Mainz-Kastheim, Papierfabrik Kastheim.

- b) Christl. Fabrikarbeiterverband: Bernhard Lins, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 140, 2. Et.

- c) Gewerksverein deutscher Fabrikarbeiter (H.D.): Friedrich E. Wagensels, Kärntnerstraße 16.

II. Tarifamt-Beisitzer:

- a) Fabrikarbeiterverband: Emil Schmabel, Rügeln b. Dresden, Kordlastraße, F. Haberland, Meißenerstraße, Odersünde b. Stettin, Papier- und Zellstoffwerke „Selbwalde“, Paul Dähler, Dählendorf, Habbacher Straße 46.

- b) Christl. Fabrikarbeiterverband: Gustav Rabae, Hohenstein a. d. Elbe.

- c) Gewerksverein deutscher Fabrikarbeiter (H.D.): Gustav Graf, Berlin NO 55, Greifswalder Straße 223, 1. Et.

Beisitzer des Tarifamts:

Beisitzer des Arbeitgeberverbandes der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie, Berlin-Charlottenburg, Neue Grolmannstraße 5/6.

Tatsache aufmerksam gemacht haben. Sollte er sich dieses Talent nicht mehr erwerben können, so wird er sich wahrscheinlich mit einer Stellung als Hilfsarbeiter bei seiner Gattin begnügen müssen.

Ohne ein ausgesprochener Monarchist zu sein, wird man aber doch zugeben müssen, daß sich besonders die Mitglieder aus dem Hause der Hohenzollern nicht scheuen, auch wertvolle Arbeit zu verrichten. Von dem gewesenen Kronprinzen ist es bekannt, daß er außerordentliche Fähigkeiten in der Herstellung von Manschettenknöpfen entwickelt hat, so daß ihm, wenn er nicht selbst die Fabrikation dieses Artikels aufnehmen will, wahrscheinlich recht aussichtsreiche Posten in diesem Fabrikationszweig in Aussicht stehen.

Keramische Industrie

Aus der Gipsindustrie.

Der Bericht der „Ton-Industrie-Zeitung“, der in Nr. 28 des „Proletariats“ veröffentlicht wurde, entspricht doch nicht ganz den Tatsachen, soweit er sich auf die Arbeiterverhältnisse in Sperenberg bezieht. Der Arbeitermangel, falls solcher wirklich besteht, ist nicht darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter die Depots nicht verlassen haben.

Zucker-Industrie

Konferenz für den Gau I. (Hannover).

Am Sonntag, dem 20. Juli, fand in Hildesheim im Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Arbeiterauschüsse aus der Zuckerindustrie statt. Aus 70 Zuckerkontrollen waren über 80 Delegierte erschienen.

Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Abschluß eines Bezirks-tarifvertrages für den Gau I. Wichtiges wurde Stellung genommen zu der Arbeitszeit während der Kampagne.

Zur Lohnfrage hielt der Kollege Senfheit das einleitende Referat. Er schilderte den Unmut über die Lage der Zuckerarbeiter, die bisher sehr schlecht bezahlt wurden.

Entscheidend für die Organisation war allerdings der Umstand, daß wir in der Zuckerindustrie ein teilweise sehr rückständiges Unternehmertum hatten.

Nach der politischen Umwälzung ist es besser geworden. Die Kollegen der Zuckerindustrie haben sich organisiert und dadurch bedeutende Vorteile erreicht. Jetzt gilt es, die Löhne für den ganzen Bezirk möglichst einheitlich zu regeln.

Zur Frage der Arbeitszeit äußert der Kollege Kottschud folgendes aus: Die Umwälzung auf politischem Gebiet hat auch unter den Zuckerarbeitern einen freien Geist emporsteigen lassen.

Die Aktion brachte auch ihnen den Achtstundentag. Die Unternehmer der Zuckerindustrie gehören zu jenen Leuten, die es am wenigsten einsehen können, daß auch der Arbeiter nach Feierabend sich erholen muß.

Ferner wird geltend gemacht, daß nicht genügend Facharbeiter und eingeweihte Kräfte beschafft werden können. Bedauer ist der Meinung, daß sich diese Schwierigkeiten beheben lassen müssen.

In der Diskussion sprechen sich die meisten Redner im gleichen Sinne aus. Eilige Redner geben zu, daß die Beschaffung von eingeweihten Kräften Schwierigkeiten bereiten wird.

In der Lohnfrage ist man einstimmig der Ansicht, daß die Löhne in der Zuckerindustrie möglichst gleichmäßig gestaltet werden müssen. Andererseits wird zugegeben, daß auch die örtlichen Verhältnisse bei der Lohnfrage berücksichtigt werden müssen.

Nach längerer Beratung macht der Kollege Gengen (Braunschweig) den Vorschlag, in dem abgesehenen Bezirkswahl drei Lohnklassen vorzuschlagen, in welche die Orte eingeteilt sind. Die Löhne für Vollarbeiter in diesen Klassen sollen sich in der Höhe zwischen 1,30 Mk. bis 1,80 Mk. bewegen.

Die Konferenz stimmte diesem Vorschlag zu und wählte eine Kommission von 6 Mitgliedern, die mit den Organisationsleitungen gemeinsam den Lohn beraten und den Tarif abschließen soll.

Ferner nahm die Konferenz folgende Entschlüsse einstimmig an:

1. Die Konferenz ist einstimmig der Ansicht, daß der Achtstundentag auf alle Fälle durchzuführen ist; wo technische Schwierigkeiten Überwinden erforderlich machen, soll darüber eine Verständigung zwischen Direktion und Arbeiterauschüssen unter Mitwirkung der Organisationsleitung herbeigeführt werden.

2. Der Reichstarif soll Vorschritten darüber enthalten, daß das Tarif- und Logiswesen zwischen der Direktion und dem Arbeiterauschuss geregelt werden soll, so daß also die Betriebsleitung nicht allein zu bestimmen hat.

Verschiedene Industrien

Die Heimarbeit in der Blumenindustrie.

Zur Frage der Heimarbeit überhaupt hat der Nürnberg. Gewerkschaftslongetz folgende Resolution angenommen:
Die Heimarbeit ist die rickständigste Produktionsform, die für jeden Haushalt und die Durchführung der Sozialisierung das größte Hindernis bildet.

Die Blumenindustriellen sind anscheinend von diesem Beschluß wenig erbaut, denn ihr Sachorgan „Künstliche Blumen“ schreibt in der Nr. 30 vom 26. Juli 1919:
„Daß man in den Kreisen der Heimarbeiter selbst mit derartigen Forderungen keineswegs einverstanden ist, ist genugsam bekannt.“

Caribewegung in der Sonneberger Spielwarenindustrie.

Die Arbeiterchaft in der Spielwarenindustrie hat noch unter sehr ungünstigen Arbeitsverhältnissen zu leben. Nur wenige größere Betriebe sind vorhanden und die Arbeitsräume einmündig. Die meisten der Beschäftigten sind bei Hausindustriellen, welche 4 bis 8 Leute beschäftigen.

Table with 2 main sections: 'Arbeitslöhne für männliche Arbeiter' and 'Arbeitslöhne für weibliche Arbeitskräfte'. Each section has columns for years (14, 15, 16, 17, 18, 19) and rows for Grundlohn and Zuschlag percentages.

Der Tarifvertrag hat Geltung vom 4. Juli 1919 an bis 31. Dezember 1919, und zwar in der Voraussetzung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse keine erheblichen Veränderungen erfahren.
Für den Verband der Textil- Spielwarenindustriellen.
(Solgen die Namen.)
Für die Organisation.
(Solgen die Namen.)
Sonneberg, den 17. Juli 1919.
Moriz Hofmann.

Genossenschaftsbewegung.

Woher beziehe ich die rationierten Waren?
Es ist zwar eigentlich verwunderlich, eine solche Frage zu stellen, doch zwingt dazu und zu ihrer deutlichen Beantwortung das Verhalten so mancher Verbraucher, dem die Erlaubung noch nicht kam.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

13. Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes.
In Plauen traten am 21. Juli die Vertreter des deutschen Textilarbeiterverbandes zusammen.
Die Organisation hat während des Krieges stark gelitten. Zu Beginn desselben wurden Tausende von Betrieben stillgelegt.
Bei Ausbruch des Krieges stieg die Zahl der Mitglieder von 132.000 auf 269.551,45.

Jahresbericht für den Gau 12 (Ludwigshafen).

Die revolutionäre Umwälzung vollzog sich in unserm Gauzeit schnell und glatt. Geflohen und eingekerkert die Arbeiterchaft, gemeinsam arbeitete man trotz aller Vegenisse zusammen.
Die französische Besetzung Lothringens, des Saargebietes und der Rheinpfalz wurden die alten Behörden wieder eingesetzt, aber die Verfassungsfreiheit vollständig aufgehoben.
Am 12. April 1918 betrug 4407 Mitglieder, trotzdem sich nur 1734 Mitglieder vom Kriegsdienst entlassen angemeldet hatten.

Table showing membership statistics for Gau 12 (Ludwigshafen) for the 2nd quarter of 1914 and the year-end 1914-1918. Columns include year, male, female, and total membership.

Da gerade in der letzten Zeit das Drittel Lang sich durch direkte Sozialereit hervorruft und befindet in der letzten Nacht allen die Krone aufgesetzt hat, wird dem gefamten Drittel für die Sckit von 18. Juni 19. April der Lohn gestiegen.
Es ist durchaus nicht zu begreifen, wie sich militärrückfichtige Leute, deren Kameraden brauchen für je mit ihr Leben zu Marke tragen, annehmen können, ihren gute die Arbeit nichts an, sie seien zu Brüderbergern rellantiert worden und die andern Arbeitskollegen sollten für sie mitkämpfen.
Sollte einem die Arbeit nicht passen, so soll er sich sofort beim Unterzeichneten melden. Derselbe wird dann das weitere veranlassen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Wetzlar. Am 20. Juli hielt unsere Zahlstelle ihre erste Monatsversammlung ab, in der Kollege Hartmann über die neuen im Mannefort eingeschickten Bestimmungen referierte. Siretfragen, welche durch die Organisationskommission geregelt werden. Die Kollegen wurden aufgefordert, agitatorisch mit tätig zu sein und alle noch Unorganisierten dem Verbande zuzuführen. Dann wird unsere neu gegründete Zahlstelle alsbald fröhlich bestehen und erfolgreich für die Mitgliederarbeiten können.

Brandsche. Am 3. Juli ließ die Betriebsleitung des hannoverschen Tapetenfabrik von Gebr. Rasch u. Co. den Arbeiterschuß zu sich kommen, um eine Regelung der Arbeitsordnung vorzunehmen. Diese Arbeitsordnung, von der Betriebsleitung verfaßt, womit die Bestatungen und Entlassungen, so daß sie für die Arbeiter unannehmbar war. Der Ausschuß erzielte bei den Verhandlungen eine wesentliche Milderung. Bei diesen Verhandlungen verlangte der Ausschuß, daß der Stempelkasten an der Kontrolluhr offen bleibe. Die Berechtigung dieses Verlangens wurde von der Betriebsleitung auch anerkannt und zugegeben. Trotz dieser Abmachung war am folgenden Morgen (4. Juli) der Stempelkasten wieder geschlossen. Der Obmann des Ausschusses machte den Meister auf die gestrige Vereinbarung aufmerksam, worauf der Meister erwiderte, davon sei ihm nichts bekannt. Die Arbeiter waren nun sehr erobert, und da ihren Wünschen kein Gehör geschenkt wurde, legten sie sofort den ganzen Betrieb still. Die Folge war, daß ein Meister sofort die Kästen öffnete, und nach einem Streit von 3 Minuten wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Am Nachmittag ließ der Betriebsleiter den Ausschuß kommen und nun fand eine sehr erregte Auseinandersetzung statt, worauf die Betriebsleitung nun wieder die Anordnung traf, daß von jetzt an die Stempelkästen wieder geschlossen werden. Nach Arbeitschuß fand im Gewerkschaftshaus eine Betriebsversammlung statt, die den Beschluß faßte, der Firma schriftlich mitzuteilen, falls bis zum 5. Juli, vormittags 11 Uhr, keine befriedigende Antwort von Seiten der Firma abgegeben sei, die Arbeiter geschlossen die Arbeit niederlegen würden. Eine Antwort blieb aus. Um 10.50 Uhr versuchte die Betriebsleitung eine Versammlung im Betriebe abzuhalten. Die Arbeiter erklärten aber, daß zu Verhandlungen der Ausschuß da wäre. Eine Einigung kam nicht zustande, und so wurde um 11 Uhr die Arbeit niedergelegt. Am 7. Juli trafen Kollege Philipp von Hannover und Kollege Ulrich aus Hamburg (Gauleiter für die Formstecher) hier ein, um die Sache zu klären. Die Firma war gewillt, in Verhandlungen einzutreten, und so kam folgende Einigung zustande: Der Stempelkasten bleibt geschlossen, aber der Schlüssel dazu bleibt neben dem Kasten hängen, so daß er von jedem Arbeiter und zu jeder Zeit benutzt werden kann. Nach Bekanntmachung dieses Ergebnisses wurde durch geheime Abstimmung beschlossen, die Arbeit am 9. Juli in vollem Umfange wieder aufzunehmen. Zwar hatten die Arbeiter noch mehrere Wünsche, die aber aus besonderen Gründen vorläufig zurückgestellt werden mußten. Es sollte nun jedes Mitglied sich bestreuen, allen Siret und persönlichen Paß zu heftigen und jeden Versuch, einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben, scharf zurückzuweisen, denn nur Einigkeit führt zum Ziel!

Wetzlar. Den Herrn im Hause lehrt der Ziegeleibehrer Bokenmühl, Schloßstraße 27, heraus. Zu einer Anerkennung der freien Gewerkschaften kann er sich nicht entschließen, ihn haben es die Christlichen angehen. Wir hatten mit Herrn Bokenmühl am 12. Juli die Vereinbarung getroffen, die Stundenlöhne von 1.50 M. auf 1.80 M. zu erhöhen. Am 16. Juli wurde nun der Arbeiterschuß vorberufen, um die Aufstellung verschiedener Wünsche im Betriebe zu prüfen. Herr B. erklärte aber dem Ausschuß, daß er ihn nicht anerkenne und daß auch die mit dem Arbeiterschuß getroffene Lohnabmachung für ihn null und nichtig sei. Kurze Zeit darauf wurde unsern Kollegen das Ultimatum von Herrn B. gestellt, mer bis Sonnabend, den 19. Juli, nicht im christlichen Gewerksverein Mitglied zu werden anlassen. Was sagt man Herr Bokenmühl vom christlichen Gewerksverband? Er schreit doch jetzt über den Terror der freien Gewerkschaften. Wie gefällt ihm dieser Terrorismus? Am Freitag, dem 18. Juli, war nun der Kollege Strunz mit dem Arbeiterschuß nochmals vorberufen, aber Herr B. lehnte auch hier wieder den Streikpunkt heraus. Aus dieses hin konnten wir nun nicht anders, als die Kollegen aus diesem Betriebe herauszunehmen. Am Sonnabend unterredete Herr B. nochmals den Versuch, unsere Kollegen zum Eintritt in den christlichen Gewerksverein zu bewegen, was diese aber ablehnten. Unsere Kollegen haben schon anderweitig Arbeit gefunden. Am 22. Juli ging der Kollege Bohne nach dem Betriebe, um einige neuereingetretene Arbeiter über die Lage zu orientieren. Hierbei trat er mit Herrn B. zusammen, bei welcher Gelegenheit die Streitfrage zur Sprache kam. Nach einer weiteren Aussprache zwischen dem Kollegen Binnermann und Herrn Bokenmühl hat letzterer sich bereit erklärt, die vereinbarten Löhne zu zahlen und den Verband der Ziegeleibehrer anzuerkennen. Es ist für die christlichen Arbeiterverbände keine Ehre, wenn die Unternehmern für sie agitieren und ihre Arbeiter zu Mitgliedern derselben pressen wollen. Ob sich die Christlichen diese Mitglieder unter den jetztigen Bedingungen verbünden werden? Frisch Bohne

Wetzlar. Am 19. Juli hielten wir im Gewerkschaftshaus unsere Biertrinkerversammlung ab mit der Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Wahl der Bevollmächtigten und Revisoren, sowie sonstige Reichensangelegenheiten. Dem Geschäftsbericht war folgendes zu entnehmen: Lohnbewegungen konnten 15 zum Abschluß gebracht werden. Weitere werden in nächster Zeit ihren Abschluß finden. Die finanzielle Lage soll in einem späteren Bericht veröffentlicht werden. Den Kassenbericht gab Kollege Dittmann. Die Hauptkasse bilanzierte mit 3600,40 M., die Nebenkasse mit 3112,77 M. Mitgliederbeitrag 29, Abgang 29. Am Schluß verblieben 4060, davon 1496 weibliche. Auf Antrag des Revisors Kollege Weide wurde die Abrechnung richtig gesprochen. Danach den Weggang des Kollegen Baus hat die letzte Mitgliedsversammlung die Kollegen Hermann Gabel und Robert Schölk ausgeschiedt. Die Territorialkommission folgten als Agitationsleiter den Kollegen Hermann Gabel, zum ersten Bevollmächtigten Robert Schölk und zum dritten Bevollmächtigten Georg Weide vor. Nach langer Aussprache erklärte sich die Versammlung damit einverstanden. Bei der letzten Sitzung des Vorstandes wählten die Kollegen Georg Weide, Hans Jansen, Johannes Bauer und Reinhard Neumann gewählt. Der Vorsitzende ersuchte am Schluß der Versammlung, auch fernere Unterstützung an der Entwicklung unserer Organisation mitzuarbeiten. Georg Weide.

Saarbrücken. Am 13. Juli tagte hier eine Generalversammlung der Zahlstelle Saarbrücken, die sich erstreckt auf den Saar, Nahe- und Moselgebiet. Das Tagesprogramm wurde einer Besprechung unterzogen und die Maßnahmen für die einzelnen Bezirke festgelegt. Der Geschäftsleiter Kollege Albert Saar, der zugleich Kassierer ist, hat seinen Sitz in Quiptthal, Rheinstraße 15a, 3. St. Von da aus werden alle Zahlstellenangelegenheiten erledigt. Es sind außerdem Bezirksversammlungen einzuberufen, die mit der Geschäftsleitung zusammenarbeiten sollen. Gewählte hier aus dem Nahegebiet: Vorsitzender: Weidmann, Kassierer: Weidmann, Revisor: Weidmann. Die nächste Generalversammlung findet im Oktober in Metz statt.

Rundschar.

Das Urteil über die Wörber unseres Kollegen Keating.
Die Abschließung des jährlichen Hinrichters für des Wörberweises, unseres Kollegen Gustav Keating, durch verheißene oder unehrlich verkündete Entschlüsse, die sich revolutionäre schmeißen, hat keine Entschlüsse gefunden. Diese Ungeheuerlichkeit liegt unauflöslich vor, ist aber nicht Gegenstand des Gerichts. Das Gericht konnte nicht den schätzbaren Beweis führen, wer der eigentliche Wörber sei, und nur so ist das verhältnismäßig milde Urteil zu verstehen, das am 27. Juli gefällt wurde. Nach mehr als vierstündiger Beratung verurteilte der Obmann der Geschworenen den Wahrspruch. Das Gericht sprach die Angeklagten Frige, Krebs, Hensmann, Meriel

und Thamm frei und verurteilte von den übrigen Angeklagten Vorhisch zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust, Gottlieb, Becker und Piepich zu je zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und Schreiber zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde sämtlichen Angeklagten voll angerechnet.

Abänderung der Pfändbarkeitsgrenze.

Nach der neuerlichen Verordnung des Reichsministeriums ist jedes Einkommen bis zu 2000 M. jährlich wegen privatrechtlicher Ansprüche der Beschlagnahme nicht unterlegen. Uebersteigt das Einkommen des Schuldners 2000 M., so bleibt von der Beschlagnahme noch ein Fünftel des Mehrbetrages von der Beschlagnahme frei, jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 3000 M. Hat der Schuldner dem Ehegatten, auch geschiedenen, Kindern, auch unehelichen, oder Verwandten Unterhalt zu gewähren, so bleibt ein Einkommen bis zu 2500 M. jährlich frei. Von dem Mehrbetrage sind ferner auch hier ein Fünftel des 2500 M. übersteigenden Betrages nicht beschlagnahmefähig, ebenso für jede Person, der der Schuldner Unterhalt zu gewähren hat, ein weiteres Zehntel, höchstens jedoch sechs Zehntel des Mehrbetrages, bis zum Höchstbetrage von 4500 M.

Der Paragraph 860 Absatz 4 der Z.-P.-O. gestattet die sogenannte Pfändung wegen der Unterhaltsbeträge der Verwandten und Ehegatten, mit einer gewissen Einschränkung auch wegen der Unterhaltsansprüche unehelicher Kinder.

Diese Bestimmung ist für Schuldner, die Kriegsteilnehmer sind oder waren, für Unterhaltsansprüche aus der Zeit der Kriegsteilnehmerzeit, entsprechend den obigen Bestimmungen eingeschränkt.

Die obige Verordnung tritt mit dem 1. Juli 1919 in Kraft und soll spätestens am 31. Dezemb. 1920 außer Kraft gesetzt werden. Bis dahin sollen gesetzliche Bestimmungen an Stelle der Verordnung treten, die das Existenzminimum für Arbeiter und Angestellte mit Bezug auf die Lohnbeschlagnahme regeln.

Die Kinderarbeit.

Nach Dr. Koellig ist die Kinderarbeit nicht nur unhygienisch, sondern auch aus anatomisch-physiologischen Gründen unannehmlich, denn die Kinder haben prozentual eine viel geringere ausgebildete Muskelatur. Leistungsfähigkeit und Muskelkraft gehen nicht mit dem Alter parallel. Ein Vierzehnjähriger besitzt fast nur die Hälfte der Kraft eines zwanzigjährigen. Die Gefahr der Uebermüdung mit all ihren Folgen ist daher in um so höherem Maße gegeben. So wird von der Wissenschaft immer wieder bekräftigt, was wir in klarer Erkenntnis der sozialen Folgen schon lange als Ziel unseres Kampfes hingestellt haben.

Eingegangene Schriften.

Paul Girch, Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege. Preis kartoniert 3 M., gebunden 4,50 M. 1919. Berlin S.B. 68, Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H.
Die Schrift des bekannten kommunistischen Paul Girch, der seit der Revolution an der Spitze der preussischen Staatsregierung steht, liegt, nachdem sie längere Zeit hindurch vergriffen war, nunmehr in neuer Auflage vor. Die inzwischen vorgenommenen gesetzlichen und kommunalwirtschaftlichen Änderungen finden in ihr gebührende Berücksichtigung. Besonders die zahllosen Gemeindevertreter, die infolge der Demokratisierung unseres Gemeindevorgangs neu gewählt sind, dürfte das Buch, das neben Verwaltungs- und Betriebsfragen das Finanzwesen, die Armen- und Wohlfahrtsfrage, die Arbeitslosenfrage und das Schul- und Bildungswesen behandelt, in ihrem neuen Wirkungsbereich ein willkommenes Hilfsmittel sein. Aus der praktischen Arbeit ausgehend, führt es sie in leicht verständlicher Weise in ihre Tätigkeit ein und eröffnet ihnen das Verständnis für die zahlreichen Probleme, an deren Lösung mitzuarbeiten sie berufen sind.

Verbandsnachrichten.

Vom 27. Juli an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
Posten 286,16. Nürnberg 204,60. Goldberg i. Schl. 186,68. Neubredum 187,50. Bitten 77,50. P. 7,40. Frankfurt a. d. O. 702,81. Graubenz 337,47. Krappitz 1353,31. Bernigerode 1565,49. Ergoldsbach 863,80. Keinitz a. d. O. 882,01. Staroborschen 1204,15. Heilbrunn 2300. Blankenburg 7546,63. Schweinfurt 6498,87. Nießchen 872,88. Köthen 800. Stendal 617,92. Driesburg 496,56. Walsungen 218,50. Königshausen 183,28. Ruffowka 56,43. Wittenberg a. d. Elbe 55. Ullrich 32,40. Bietig 15. Jagen 5,50. Weizenburg 1032,17. Bodum 106,85. Ringelheim 75. Emsleben 25,50. P. 28,60. P. 22,20. Pitzheim 312,58. Keinitz 1512,85. Tiefenort 537,95. Rieda 474,62. Schmet 461,32. Barel i. O. 404,98. Witten i. Pom. 312,98. Jülling 228,32. Ottmagan 200. Bolzenberg (N.-R.) 120,48. Berlin 49,60. Gr.-Ammenleben 39,25. Dommitzsch 32. Vergehör 27,50. Dornburg 3. Hammermühle 2538,83. Reubitz 458,75. Hageburg 307,83. Leipzig 110. Reine 11. P. 36. Keinitz a. d. Orla 50. Andernach 3285,60. Höhr 1161,52. P. 296,45. Uraitz 112,05. Jura 6908,98. Soarau 3000. Rehen i. B. 1000. Pariz 1200. Greifenhagen 1220,77. Jersburg i. B. 553,53. Niederjuchowen 1240,73. Wehlau 924,63. Reiferndorf 350. Neustadt a. d. Orla 482,29. Seeshaupt 158,40. Dorestrup 31,10. Gelnhausen 27,50. Weizenberg 10,10. Schmet 26. Ebingen 1000. Schörfitz 590,01. Gartha 50. Haberscher 50. Löhne 19. Neubredum 11. Eberswalde 10. Schluß: Sonnabend, den 2. August, mittags 12 Uhr.
Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal sandten ein:
Stede, Kollernmoor, Fjogheim, Worms, Starow, Hagenow, Goldberg, Kollberg, Weitzburg, Leimbach, Wiederjuchowen, Driesburg, Walsungen, Ergoldsbach, Nießchen, Rammn, Ruffowka, Hammermühle, Köndes, Berlin, Hohenhausen, Wehlau, Bolzenberg, Dören, Waddach, Andernach, Rannich, Hens, Uraitz, Weimbach, Tiefenort, Witten, Reubitz, Rieda, Gelnhausen, Keinitz a. d. Orla, Stendal, Preß, Keinitz, Blankenburg, Jülling, Ruffowka, Ruffowka, Köthen, Weizenberg, Bodum, Königshausen, Schmet a. d. O. Brz. Jersburg, Eberitz.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zahlstellen:
Wetzlar. 15 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 10 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder, vom 1. September 1919 an.
Eberswalde (S.-A.). 25 Pf. pro Woche und Mitglieder vom 1. Oktober 1919 an.
Hagenow i. R. 10 Pf. pro Woche und Mitglied.
Landsberg a. d. Warthe. 25 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder vom 1. August 1919 an.
Kammin. 25 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder.
Katz. 25 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder.
Flaunitzer Grund. 25 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder vom 1. Oktober 1919 an.
Schwarzw. 15 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 10 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder.
Schluß. 10 Pf. pro Woche und Mitglieder.

Eingegangene Zahlstellen.

Neugeb.
Neue Adressen und Adressenänderungen.
Alleringleben, Kreis Neuhaldensleben (Gau 2). Heinrich Sommermeier.
Bielefeld. Erster Bevollmächtigter: Otto Ziltsch, Weinweg 7. Zweiter Bevollmächtigter: Heinz Krull, Brackwebe bei Bielefeld, Marktstraße 10, part.
Brilon. Erster Bevollmächtigter: Kaspar Lange, Hülen. Zweiter Bevollmächtigter: Karl Sebastian, Goppelde Nr. 65.
Bromberg. Robert Pittlau, Al.-Bastelsee b. Bromberg, Schauffstraße 42.
Burgdorf. Frig. Grobe, Peiner Weg 8.
Frankfurt a. d. Ober. Erster Bevollmächtigter: Gustav Frank. Zweiter Bevollmächtigter: Hermann Birkenfeld. Bureau: Große Dörferstraße 51.
Freudenstadt (Gau 11). Aug. Günther, Dietersweiler bei Freudenstadt.
Friedberg i. Hessen. (Gau 13). Karl Michel, Engelfasse 30.
Gleiwitz i. Schl. (Gau 6). Karl Rindt, Petristraße 15.
Heilbronn. Bureau vom 1. August an: Wilhelmstraße 52, part. Hausen (Gau 14). G. Seiberz, Hausen b. Weidbreitbach (Kreis Neuwied).
Landsberg a. d. Warthe. Erster Bevollmächtigter: August Köhl, Böhmstraße 8. Geschäftsführer: Paul Paad, Schlegelgraben 5.
Magdeburg i. Westerb. (Gau 14). Erster Bevollmächtigter: Joh. Herm. Dieß. Zweiter Bevollmächtigter: Gustav Heinrich Klauer.
Merg. Bernhard Dösch, Dinggen (Post Klein-Dausenberg). Neuf (Gau 14). Geschäftsführer: Wih. Müller, Rheinstraße 14, I.
Sinsig. Erster Bevollmächtigter: Lorenz Moltsch, Barbarossastraße 28. Zweiter Bevollmächtigter: Otto Ohliger, Mühlengasse 52.
Schönebeck a. d. Elbe. Wih. Milius und Friedrich Komahn. Bureau: Markt 16.
Schwanbeck a. Harz. Ehrenfried Ringel jun., Maschinist. Thunar i. Thür. Heinz Holtmann, Postgasse.
Weende (bisher Zahlstelle Höttingen). Erster Bevollmächtigter: Rühling, Boverden, Plan 158. Zweiter Bevollmächtigter: Heinz Kraus, Weende, Steinweg 229.

Abrechnung und Bilanz vom 4. Quartal 1918.

Gesamt-Einnahme.	
An Kassenbestand vom vorigen Quartal	4 280 762,98 M.
Eintrittsgeld	132 344,50
Beiträge à 75 Pf.	205 748,25
Beiträge à 60 Pf.	936,--
Beiträge à 35 Pf.	261 057,65
Beiträge à 10 und 20 Pf.	4 707,--
Beiträge à 10 Pf. (§ 13 Abs. 6)	1 156,10
Beiträge von Einzelmitgliedern	631,86
Zinsen	107 806,57
Erwerbslosen-Unterstützung zurückgezahlt	6,60
Kindegeld zurückgezahlt	10,--
Für Kartoteklerien	1 289,10
Hilfskassenarten	687,60
Schreibmaterialien	101,30
Poststolle	17,75
Korrespondenzblätter	3,--
Droschkaren	3,--
Zinrate	26,--
Einzelnummern des „Proletariers“	157,20
Von den Zahlstellen zuviel eingekandt	1 935,88
Sonstige Einnahmen	3 216,28
Summa	5 593 103,62 M.

Gesamt-Ausgabe.	
An Erwerbslosen-Unterstützung:	
a) Kranke	391 023,12 M.
b) Arbeitslose	61 530,75
c) Reisende	531,45
Reise-Unterstützung	5 096,14
Streif-Unterstützung	1 796,25
Gemeindegeld-Unterstützung	372,70
Sterbegeld	71 327,60
Umzugsgeld	2 850,--
Rechtschuß	478,59
Anteil der Postkasse	236 915,44
Beihilfungsbeiträgen	2 041,--
Entschädigung für Revisor und Revisoren	263,50
Gehältern	24 351,36
Telephongebühren	64,79
Kantogeld	25,--
Beiträge an die Generalkommission	20 215,--
Für Agitation	46 368,22
Marken und Stempel	3 190,75
„Frauenzeitung“	2 872,50
„Owivata“	57,--
Schreibmaterialien	2 602,10
Buchbinderarbeiten	8 043,80
Zeitungen und Redaktion	321,27
Lauf des „Proletariers“ Nr. 40-52	24 778,--
Lauf des „Proletariers“ Nr. 40-52	4 388,97
Druckfachen	21 399,17
Konferenzen	1 150,05
Ergänzung der Verbandsbibliothek	313,24
Bureau-Miete, Licht und Reinigung	1 598,05
Zuviel eingekandtes Geld zurückgezahlt	1 131,08
Zuviel an die Zahlstellen	1 502,65
In den Zahlstellen zurückbehalten	10 922,63
Porto und Postgeld	2 270,41
Sonstige Ausgaben	68,45
Summa	951 854,03 M.

Bilanz.
Gesamt-Einnahme 5 593 103,62 Mark
Gesamt-Ausgabe 951 854,03
Kassenbestand am 31. Dez. 1918. 4 641 249,59 Mark
Hannover, den 4. Juni 1919.
Aug. Brzy, 1. Vorsitzender. Frig. Bruns, Kassierer.
F. Hasler, J. Hummel, C. Gremmel, Revisoren.

Die Zahlstelle Mannheim

nicht zum baldigen Eintritt einen tüchtigen Geschäftsführer.
Bewerber haben eine kurze Schilderung ihres Lebenslaufes sowie eine Abrechnung über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung über die Aufgaben der Betriebsräte sowie über die Aufgaben der Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft schriftlich einzureichen. Bewerber müssen 8 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein und Vorträge halten können. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des Dresdener Verbandstages mit dem üblichen Levensunterlagen, jedoch wird sofort das Höchstgehalt gewährt.
Bewerberinnen mit der Aufschrift „Bewerbung“ sind bis 1. September zu richten an:
Joh. Fortshuber, Mannheim. U. 1. 14. II. 8,50 M.]